



# Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P. b. b.  
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

Nr. 118/02/17

*Statistik: Wenn der Jäger am Hasen einmal links und einmal rechts vorbeischießt, ist der Hase im Durchschnitt tot.*

## KEIN ENDE DES HÖFESTERBENS!?

Es reicht noch nicht! DI Josef PLANK, Gen.-Sekretär der „LK-Österreich“ war prominenter Gastredner am Meistertag 2017 in Oberpullendorf im Burgenland. „Der agrarische Ausblick auf 2025“ war sein Thema. Neben viel anderem über die wirtschaftliche Bedeutung der heimischen Landwirtschaft, **prognostizierte er einen weiteren Rückgang der Betriebe in den nächsten zehn Jahren um 25 Prozent – in Gunstlagen.** – In 10 Jahren, das sind 2½–3 Fruchtfolgen.

Kein Wort des neuen obersten Angestellten unserer Interessenvertretung, wie man dieses Höfesterben zumindest weitestgehend verhindern will. Im Gegenteil, **„Ziel müsse sein für weniger Betriebe mit effizienten Ressourcen (?) und weitreichenden Kooperationen, ein besseres Service zu schaffen und neue Herausforderungen anzunehmen.** Hier seien Aus- und Weiterbildung sowie Beratung gefordert“. (BLW 17.1.2017)

Alles klar? Wissen wir nun was die eigene Interessenvertretung mit uns Bäuerinnen und Bauern vorhat? War das die Botschaft der LK-Österreich an ihre Pflichtmitglieder zu Jahresbeginn? Also eine weitere geduldete bzw. geförderte Dezimierung der Bauernhöfe und natürlich wieder neue zusätzliche Aufgaben und Anforderungen an die Übrigbleibenden? Soll das die „Zukunft“ des heimischen Bauernstandes sein? Wollen wir alle das einfach so hinnehmen, denn gottgewollt ist ja es nicht!

## MAULKORBPFlicht IN DER LK-OÖ!

Also einen Maulkorb, damit nicht politisch unangenehme Minister-Antwortschreiben, auf in der Vollversammlung beschlossene Resolutionen und Forderungen, unerwünschterweise publik werden! Ja, ganz offensichtlich ist das so! Denn das BB-geprägte Präsidium der LK-Oberösterreich beschloss, nur mehr jenen Fraktionen Fotokopien davon auszufolgen, die sich verpflichten diese nicht zu veröffentlichen. Obwohl nicht ganz unerwartet ist doch erstaunlich, dass die Fraktionsobmänner aller parteiabhängigen Fraktionen dem nachkamen.

Für den partei-UNABHÄNGIGEN Bauernverband stellt dies eine völlig undemokratische, unverständliche und inakzeptable Zensur des Informationsflusses und die nicht hinnehmbare Einschränkung von Aufgaben und Tätigkeiten eines gewählten Bauernvertreters und Mandatars dar, die wir nicht einfach hinnehmen.

Wenn im Schreiben aus dem Finanzministerium als Ablehnung für die Wiedereinführung von Agrardiesel auch die illegale Verwendung von Heizöl angeführt wird, dann hätte die Vollversammlung umgehend darauf reagieren müssen. Denn dies ist mehr als eine Rufschädigung des gesamten Berufsstandes. Aber Präsident ÖR REISECKER hat ja der Vollversammlung den vollen Text dieses Schreibens vorenthalten und damit von Haus aus eine Diskussion darüber verhindert. Bei Antwortschreiben aus politisch anders gefärbten Ministerien ist mir weniger Zurückhaltung in Erinnerung und ich meine sie trügt mich nicht.

Mit dieser „Verpflichtung“ liefert das Kammerpräsidium den Beweis, dass es parteihörig und eben nicht parteiunabhängig ist, wie der Präsident immer wieder betont. Man müsste sich im Klaren darüber sein, dass man mit dieser Art von Zensur die Aufgabe der Bauernkammer, als unabhängige, autonome Interessenvertretung zu handeln, diskreditiert und die Vollversammlung als deren oberstes Organ auch noch desavouiert. Kurz vor Druck der UBZ bekam die Redaktion die Mitteilung, dass ÖR Karl KEPLINGER dennoch diesen Brief erhielt – drei Monate später. Das ändert aber nichts an den Tatsachen.

GENO

## INTERESSANTES IN KÜRZE

- „Je tiefer sie in der Politik sind, desto schwieriger ist es Missstände aufzuzeigen. Das geht in einer freiwilligen Organisation wie bei der Industriellenvereinigung sehr gut, viel besser.“ – Dr. Johann MARIHART, Vorstandsvorsitzender der AGRANA, nach Beendigung seiner zweiten Periode als Präsident der Industriellenvereinigung.
- Frage an Landwirtschaftsminister RUPPRECHTER: „Jährlich hören etwa zwei Prozent der Bauern auf. Beunruhigt Sie das?“ – Antwort: „Nein. Vor dem EU-Beitritt lag dieser Wert sogar bei fünf Prozent je Jahr.“ – (Aus „Die Woche“ vom Feber 2017, ganzseitiges Interview)
- „Welche Auswirkungen hätte es, wenn weniger Lebensmittel importiert würden?“ – Dieser Frage ging Univ.-Prof. Friedrich SCHNEIDER (UNI Linz), im Auftrag der österreichischen Hagelversicherung nach. – 10 % weniger Importe ergäben 1,8 Mrd. Euro mehr heimische Wirtschaftsleistung (BIP) und rund 21.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die heimischen Landwirte könnten zusätzlich rund 850 Mio. Euro verdienen. Weitere 950 Mio. Euro gingen in andere Wirtschaftssektoren, in Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Die kürzeren Transportwege würden sich überdies positiv auf Umwelt und Klima auswirken. – 21.000 Arbeitsplätze, das entspricht den Arbeitslosen z.B. von Vorarlberg und dem Burgenland zusammen, erklärt Kurt WEINBERGER, Vorstandsvorsitzender der österreichischen Hagelversicherung. – (OÖ Nachrichten 15.12.2016)
- Heftige Kritik des Rechnungshofes am AMA-Marketing: Die AMA verfügte zwischen 2010–2014 über jährliche Mittel von rund 22,56 Mio. Euro, deren Herkunft und Verwendung der Rechnungshof prüfte. Aufgeschlüsselt kommen diese Mittel zu: 48,8 % von der Milch; 31 % vom Fleisch; 11,8 % von Obst, Gemüse, Kartoffeln; 3,9 % von Eiern; 2,8 % von Geflügel und 1,6 % von Blumen. Besondere Kritikpunkte sind: Intransparente Provisionen an beauftragte Werbefirmen ohne entsprechend nachprüfbare Leistungen. – Förderungen an Vereine in Höhe von 2,5 Mio. Euro auch ohne korrekt abgeschlossene Förderverträge. – **Ein Anstieg der Verwaltungskosten innerhalb vier Jahren um 50 Prozent, davon ein Plus von Personalkosten von 38 %.** – Untersützung eines Grilleclubs mit jährlich 280.000 Euro. – Über die Abrechnungen der Marketingmaßnahmen der Landwirtschaftskammern über insgesamt 950.000 Euro fehlen entsprechende schriftliche Vereinbarungen. Von den Kritikpunkten leitete der Rechnungshof 55 Empfehlungen und Änderungsvorschläge an die AMA ab. – (Aus TOP AGRAR Österreich 1/2017)
- „Ein Marktausblick von OECD und FAO bis 2025 liefere keine Hinweise auf steigende Agrar-güterpreise. Weil aber die Preise für Betriebsmittel deutlich steigen werden, seien Steigerungen bei der Produktivität nötig, um die Ertragslage zu stabilisieren. Ein radikales Senken der Kosten in der Landwirtschaft sei unumgänglich.“ Zu diesen Kernaussagen kommt der Agrarexperte im WIFO, Franz SINABELL in seiner jüngsten Studie. – (Aus TOP AGRAR Österreich 1/2017)

### Neue höhere Einheitswerte, was tun?!

**Es geht nicht darum die neuen EW-Bescheide zu kippen, sondern um ungerechtfertigte Erhöhungen abzuwenden.** Voraussetzung dafür ist, sofort nach Erhalt des Bescheides eine „Verlängerung der Einspruchsfrist“ zu beantragen. In der Beeinspruchung ist auch anzuführen, dass die Erhöhungen der Bundesverfassung widersprechen. Der Verfassungsgerichtshof hat eine Neufeststellung der EW gefordert, eine Anpassung an geänderte Verhältnisse, aber keine Erhöhung dieser. Der EW repräsentiert den Ertragswert eines Hofes.

Konkret errechnet sich der Ertragswert aus dem 18-fachen Reinertrag eines schuldenfreien Betriebes, der mit entlohnten Arbeitskräften ortsüblich und nachhaltig bewirtschaftet wird. – Deutlich zeigt sich die Gesetzwidrigkeit bei der Erhöhung der forstlichen EW, denn **Holzvor-räte stellen ganz eindeutig einen Vermögens- und keinen Ertragswert dar.** Dieser fällt erst bei der Schlägerung an. – Die EW-Erhöhung ist auch gleichheitswidrig, denn die Summe aller land- und forstwirtschaftlichen EW Österreichs beläuft sich auf 2,7 Mrd. Euro. Das ergibt rein rechnerisch einen Gewinn von 1,05 Mrd. Davon zahlen die Land- und Forstwirte an Sozialversicherungsbeiträgen 850 Mio. Euro. Das sind 80 % des Gewinns, keiner anderen Berufsgruppe wird das zugemutet. Als ungerechtfertigt wird auch die Einberechnung der öffentlichen Gelder in den EW angesehen, weil es sich dabei um Ausgleichzahlungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt handelt. – Diese Empfehlungen an die Bauern und Bäuerinnen gibt KR Manfred MUHR, Vizepräsident in der LK-Kärnten, als Experte in Wirtschaftsfragen.

# BURGENLAND:

## EIN WINTER NACH WUNSCH

Nach Jahren mit sehr frostmilden Wintertemperaturen hat nun ein richtiger Winter, mit Frost bis nahe 20 Grad Minus, Einzug gehalten. Sofern durch die Kahlfröste Wintersaaten nicht geschädigt wurden, haben diese Frosttage auch erwünschte gute Seiten, denn damit ist zu hoffen, dass der Druck von heimischen und eingeschleppten Schädlingen durch diese Temperaturen dezimiert wird. Auch der Schilfwirtschaft, kein unbedeutender Wirtschaftsfaktor am Neusiedlersee, kommt dieses langanhaltende schneearme Frostwetter sehr entgegen.

## STAREPROBLEM ERZWINGT GESETZESÄNDERUNG

Um die anhaltend schweren Fraßschäden in den Weingärten durch Stare weitestgehend zu verhindern, gibt es vielfältige Abwehrmaßnahmen. Um diese in der Praxis auch nutzen zu können, hat der Landtag das Pflanzenschutz-Gesetz dahingehend novelliert, dass nun – zu den bisherigen Abwehrmaßnahmen – auch Drohnen eingesetzt werden können. In verschiedenen Tests ist es sehr gut gelungen, mit einer speziell entwickelten Drohne, die vom Boden aus gesteuert und von der Austria Controll luftfahrtrechtlich genehmigt ist, die Stare von Weingärten fernzuhalten. Die Fraßschäden lagen dort praktisch bei Null. Der sogenannte „Winzerfalke“, eine Attrappe dieses Raubvogels, mit zwei Meter Flügelspannweite und dem entsprechenden „Soundmodul“ ausgestattet, tat ein Übriges zur Abschreckung. Dieser „Winzerfalke“ wurde im Sommer 2016 praxisgerecht in Form einer entsprechenden wissenschaftlichen Begleitung getestet. Als Ergebnis wurde vom „Departement Botanik und Biodiversitätsforschung“ an der UNI Wien, keine relevante Störung der übrigen Vogelwelt durch den „Winzerfalken“ festgestellt.

## ALLES RECHT UND SCHÖN, ABER...

Ob die Wintertagung des ökosozialen Forums oder die „Grüne Woche in Berlin“, jede derartige Veranstaltung wird von den für die Agrarpolitik Verantwortlichen als Anlass genützt, um sich auch selber entsprechend ins Bild zu setzen. Natürlich zusammen mit den „Königinnen“ in den einzelnen Produktionssparten, wird dort dann der „Feinkostladen Österreich“ präsentiert. Mit all seinen – unter dem Wert verkauften – Qualitätserzeugnissen, mit all der Vielfalt der bäuerlichen Kulturlandschaft, mit „Urlaub am Bauernhof“ und manch anderem dazu.

Alles gut und schön und auch richtig, aber kommt nicht völlig zu kurz unter welcher ständig wechselnden Bedingungen, welchen Auflagen, mit welchem Fleiß und Können ein stetig zum Schrumpfen verurteilter Bauernstand all diese Leistungen und Qualitätserzeugnisse zustandebringt? Vielfach unterbezahlt, den Wert bäuerlicher Spezialistenarbeit schmälern, den Anspruch auf gerechtes, faires Bauerneinkommen missachtend? Keine Tabelle über den „Strukturwandel“, über „Reinerträge“ in der Landwirtschaft innerhalb der letzten 20 Jahre, kein Hinweis auf die Folgen daraus – für ALLE. Kein Hinweis, dass der Erhalt einer gepflegten Kulturlandschaft auch einen Preis hat, der zu bezahlen ist! Sei es über kostengerechte Erzeugerpreise, die beste Lösung für Staat und Gesellschaft, auch wenn dies derzeit vielfach als Utopie angesehen wird, weil Kostenwahrheit kein Thema ist. Nicht nur in der Landwirtschaft. Oder eben durch entsprechende Ausgleichszahlungen aus öffentlichen Geldern, transparent, wahrheitsgemäß und überprüfbar begründet. Für die Betriebsführer beiderlei Geschlechts berechenbar und verlässlich, nicht so wie jetzt.

SIE brauchen nicht nur schöne Bilder, sondern die Sicherheit mit Fleiß und Können auch nachhaltig, gut und erfolgreich bestehen zu können. Neben einer industrialisierten Landwirtschaft, die angeblich niemand will und die dennoch agrarpolitisch sichtbar gefördert wird. Es müsste jedermann im Staate Österreich klargemacht werden, was hier in den letzten Jahren geschehen ist, und, dass es so nicht weitergehen kann, wenn eine nahnhaft bäuerliche Landwirtschaft erhalten werden soll. Und was tun unsere Bauernvertreter in den Landtagen, im Parlament, seitens der LK-Österreich – innerhalb ihrer Partei – vor allem der ÖVP? Im neuen Regierungsprogramm nicht EINE Zeile über diese Probleme, die Ziele für eine gesunde Landwirtschaft!

## „INITIATIVE ZUKUNFT LANDWIRTSCHAFT“

Vor Kurzem startete Agrarlandesrätin Verena DUNST die „Initiative Zukunft Landwirtschaft“. Damit wolle man Bäuerinnen, Bauern, allen landwirtschaftlichen Produzenten neue Perspektiven und Vertriebswege aufzeigen. Qualität, Frische, Regionalität und kurze Transportwege sollen im Mittelpunkt stehen. Erste Ergebnisse sollen bereits im heurigen Sommer präsentiert werden. War dies nicht schon x-mal ein Thema? Dies zu verwirklichen liegt doch nicht an den Produzenten!

Aber war da nicht 2016 ein von der Firma PERLINGER vorgestelltes Glashaushaltsprojekt, das den Perspektiven der Frau Landesrätin hätte entsprechen können? Die UBZ hat in ihrer Dezemberrückmeldung 2016 unter dem Titel „Wachsen oder Zuspinnen“ berichtet. Von einer Bürgerinitiative wurde dieses Vorhaben verhindert. Von einem besonderen Einsatz FÜR dieses Projekt seitens der Frau DUNST, war unseres Wissens nichts wahrnehmbar. Da wäre es doch eigentlich nun hoch an der Zeit öffentlich aufzuzeigen was denn solche „Perspektiven“ sein könnten.

ALLES FRITZ MEIXNER

## SALZBURG:

### WIESO KASTRATIONSPFLICHT FÜR BAUERNKATZEN?

„95 Prozent der öffentlichen Politik sind Inszenierungen.“ Dies ist ein Zitat von Bundeskanzler Christian KERN und ich hatte zum ersten Mal das Gefühl, zu 100 Prozent die Wahrheit aus dem Mund eines hochrangigen Politikers gehört zu haben.

Ist die Kastrationspflicht für Bauernkatzen auch so eine Inszenierung? Und wer oder was steht dahinter? Denn dazu muss man Folgendes wissen. Es dürfte bekannt sein, dass der „Tierschutz“ im Gesundheitsministerium angesiedelt ist, das von einer roten Ministerin geleitet wird. In einem Begleitsatz der diesbezüglichen Verordnung waren bisher Bauernkatzen davon ausgenommen. Dieser Begleitsatz in der Verordnung zur Kastrationspflicht wurde gestrichen. Weil man als mitdenkender Staatsbürger ja wohl annehmen darf, dass in einer Koalitionsregierung auch darüber mit dem schwarzen Partner gesprochen wurde, ist der Verdacht naheliegend, dass die ÖVP-Bauernvertreter dieser völlig unsinnigen Änderung zugestimmt haben. Dies, in der LK von Vertretern der UBV so vorgebracht, hat Präsident und Nationalratsabgeordneter Franz ESSL nicht bestritten.

Nur aufgrund heftiger Interventionen des UBV in Salzburg, Oberösterreich und der Steiermark durch jeweilige Anträge in den LK-Vollversammlungen **scheint die ÖVP gewillt zu sein sich dafür einzusetzen, dass diese Pflicht aus guten Gründen wieder aufgehoben wird.** Weil es der BB-Führung sichtlich nicht leicht fiel die diesbezüglichen UBV-Anträge zu unterstützen, ist möglicherweise auch hier noch gar nichts fix. Bleibt auch hier die Frage offen: „Wird unsere Regierung von AUSSEN bestimmt, haben auch hier NGOs, wider jeden Sachverstand, das Sagen?“

### Stopp es reicht!

Biotopkartierungen ohne Einbindung der Grundbesitzer, Kastrationspflicht für Bauernkatzen, völlig überzogenen Tierschutz- und Pflanzenschutzbestimmungen – auch ohne Alternativen – und dergleichen mehr. Das sind immer neue Schritte in Richtung totale Entmündigung einer, als überlebensnotwendig erkannten Berufsgruppe. Die sich ehrlich bemüht, auch immer neuen „Wünschen“ – auch Forderungen – der „Allgemeinheit“, gerecht zu werden. Eigentlich aber ist für den Berufsstand nicht hinnehmbar, dass eine nicht enden wollende Zahl davon, immer und immer wieder über die eigenen Bedürfnisse und Notwendigkeiten gestellt, gereiht und verwirklicht werden. „Stopp es reicht“ ist überfällig!

Tatsächliche Anerkennung eines Berufsstandes zeigt – manifestiert – sich nicht in schönen Worten, sondern in effektvollen, in wirksamen Taten. Die noch immer große Zahl an Tierhaltern hat keinen Sonn- und Feiertag, ist bereit 365 Tage im Jahr diesen Beruf zu leben, mit all seinen Vor- und zunehmenden Nachteilen. Wenn nur mehr drei Prozent der Bevölkerung in der Lage sind 100 Prozent der Bevölkerung mit besten Lebensmitteln zu versorgen, dann hat ja wohl auch diese Berufsgruppe das Recht lautstark zu fordern: **„Stopp es reicht! Lasst uns mit der Natur und unseren Tieren arbeiten! Wir können das, und es ist ohnehin schon mühsam und risikoreich genug!** Mit immer mehr Vorschriften und der Umsetzung so mancher Träumereien können wir unsere Betriebe nicht erhalten!“

## HIER IST DIE GRÖSSTE GEFAHR

Nicht Wolf, Bär, Fischotter oder Biber bedrohen die Existenz der Bäuerinnen und Bauern. Das wird mitunter nur aufgebauscht zur politischen Inszenierung, um von den wirklichen, den existenziellen Nöten der Bauernschaft abzulenken.

Aus meiner Sicht besteht die größte Gefahr, wenn gewählte (Spitzen)Politiker jenen Menschen Gehör schenken, die noch nie eine Kuh führten, noch nie mit einer Gabel oder Schaufel richtig arbeiteten, noch nie eine ganze Nacht bei einer Kuh verbrachten um bei der Geburt eines Kalbes dabeizusein, noch nie beim Verladen eines Schweines mithalfen, noch nie in der Kuhscheiße lagen, denen noch nie die Gülle vom Gesicht tropfte, die noch nie erleben mussten wie ein Unwetter die ganze Ernte ruinierte. Eine Jahresarbeit zunichte machte. Die keine praktische Erfahrung über die Bewirtschaftung einer Alm haben, noch nie einen Traktor gelenkt, geschweige denn mit diesem 15 Stunden ununterbrochen gearbeitet haben, weil dies die Witterung einfach erforderlich macht. Wenn diese kleine Gruppe dann Kraft ihrer Funktionen bestimmt wie Landwirtschaft zu funktionieren hat, dann wird's für uns Bauern und Bäuerinnen existenzgefährdend. Landwirtschaftsminister und -ministerinnen die nur in der Stadt aufwuchsen, die nie landwirtschaftliche Berufe ausübten, auch nicht kurzzeitig – das gibt's doch!

### Aufwachen, es ist schon 5 nach 12!

NGOs fordern, militante Tierschützer fordern, ein Journalist fordert in einer auflagenstarken Zeitung, in Fragen der praktischen Landwirtschaft fordern völlig unerfahrene Politiker! Sie alle wissen wie Landwirtschaft geht, wie sie funktioniert, wie man daraus gut leben kann?! Vieles was jahrelang erprobt und gestern noch gut war, ist plötzlich nicht mehr zeitgemäß, reformbedürftig, schlecht.

Die Ausnahmen für das Anbinden von Rinder – die „Anbinde-Haltung“ – soll fallen. Ein „Naturschützer“ kündigte an, ER werde diese – unsere – Tiere aus ihrer misslichen Lage befreien! Und unsere Berufsvertreter ziehen durch's Land und jammern wie gemein doch alle zu ihnen wären. Kein Rückgrat, keinen Mumm und stark vergesslich! Beziehen aus Sicht IHRER Bäuerinnen und Bauern fürstliche Politikergehälter, aber doch nicht für's Nichtstun! Ihre Antwort auf die Angriffe einiger weniger müsste doch sein: Aufklärung der Öffentlichkeit durch wahrheitsgemäße, umfassende, ehrliche und so Vertrauen schaffende Informationen. Zum Beispiel die Nachteile von Laufställen aufzuzeigen. Mit deren Gefahren für Mensch und Tier, über hiedurch auftretende Tierverluste, höhere Betriebskosten als bei der Anbindehaltung. Aber auch über die enormen Investitionskosten, welche finanziell ohnehin mehrheitlich ausgepowerte Betriebe in enorme Schwierigkeiten bringen. Aufklärungen, all dies nicht verschweigen, sich der Diskussion mit Besserwissern stellen, das ist es, was sich die Bauernschaft von ihren Berufsvertretern erwartet!

## WARUM NEIN ZUR ANBINDEHALTUNG?

Warum wird ein über Jahrhunderte hin funktionierendes und ständig auf Tierfreundlichkeit weiterentwickeltes Anbinden von Tieren, das bisher überhaupt kein Problem war, in letzter Zeit von gewissen Gruppierungen als Tierquälerei diskriminiert? Da sollten sich schon die Tierhalter die Frage stellen, was da dahinter steckt, in wessen Interesse diese Kampagne läuft! Denn bei durchaus kritikwürdiger Tierhaltung in Wohnungen, ist von diesen Tierschützern nichts zu hören. Warum stehen also ausge-rechnet bäuerliche Tierhalter für SIE am Pranger?

Da gibt es noch bei mindestens drei Viertel der Bergbauern-Betriebe die Anbindehaltung. Deren absolutes Verbot käme einem nicht unwesentlichen Teil der Wirtschaft nicht ungelegen. Wieviele dieser Betriebe können aber derartige teure Investitionen überhaupt schultern? Das ist doch die Frage, die sich die hohe Politik stellen muss! Denn hier geht es um Höfesterben im Berggebiet, um Besiedelung, um flächendeckende Bewirtschaftung, um Aufforstung und Tourismus, um die gepflegte Region als Erholungslandschaft.

Ich, wir vom UBV meinen, dass es eine primäre Aufgabe unserer gesetzlichen Interessenvertretung und aller bäuerlicher Abgeordneten wäre, damit – und zwar mit andauerndem Nachdruck – die Öffentlichkeit zu konfrontieren, anstatt ständig mediale Eigenwerbung zu betreiben. Betrieben, landwirtschaftlichen Unternehmen, die nach vierjährigem Einkommensminus von insgesamt über 40 % im finanziellen Notstand leben, auch dies noch vorschreiben zu wollen, ist mehr als eine Zumutung, das ist verantwortungslos!

## BERECHTIGTE UBV-KRITIK AN EW-NEUFESTSETZUNG

Schon 2008 verlangte der damalige Landwirtschaftsminister Wilhelm MOLTERER vom bzw. im Bauernbund, die gesetzlich längst fällige Einheitswertfeststellung anzugehen. Die Betonung des Ministers lag damals eindeutig auf Neufeststellung und nicht auf Erhöhung der land- und forstwirtschaftlichen Einheitswerte. Es wurde auch ein fertiger Entwurf ausgearbeitet, der aber nie veröffentlicht wurde, weil man sich innerhalb des Bauernbundes darauf nicht einigen konnte. So wurde die gesetzlich vorgeschriebene Neufeststellung einfach schubladisiert und mit „Billigung des Gesetzgebers“ auf irgendwann später verschoben.

Grundlage für die nunmehrige Neufestsetzung – Jahre später – war die, angeblich von einem ÖVP-nahen Rechtsanwalt eingebrachte Klage beim Verfassungsgerichtshof auf die schon längst überfällige Einheitswertfeststellung in der Landwirtschaft. Der Verfassungsgerichtshof fällt daraufhin das Urteil: „Sollte nicht baldigst die Neufeststellung der Einheitswerte erfolgen, so würde die Pauschalierung in der Landwirtschaft wegen fehlender gesetzlicher Grundlage ihre Gültigkeit verlieren.“

Später hieß es, dass die SPÖ die Abschaffung der Pauschalierung verlangt habe und die BB-Führung wie besessen um deren Erhalt gekämpft hätte. Dabei erscheint es doch als ganz offensichtlich, dass es einzig und allein maßgeblich Kräfte innerhalb der ÖVP zu verantworten haben, dass gesetzliche Vorgaben nicht erfüllt wurden und für die Bauernschaft der nunmehrige Einheitswertschlamassel überhaupt entstand. Dass die gesetzliche Interessenvertretung bei all dem so gut wie keine Rolle spielte ist allein deren parteipolitischer Schlagseite zuzuschreiben, die ja nicht ohne Grund der UBV seit eh und je heftigst kritisiert.

Die Bauernbundführung sieht dies offensichtlich völlig anders. So vertritt unser Kammerpräsident zum Beispiel die Meinung, dass selbst nach diesem Einkommensminus eine Einheitswerterhöhung von durchschnittlich 20 bis 30 Prozent – mit all den neuerlich negativen Auswirkungen auf die bäuerlichen Einkommen – die einzig gute Lösung betreffs Neufestsetzung der Einheitswerte war.

Diese Verpolitisierung der Landwirtschaftskammern widerspricht überdies eindeutig dem in der Verfassung verankerten Status der Kammern als gesetzliche, berufsständisch-überparteiliche Interessenvertretung, wie diese in den Wirtschafts- und Arbeiterkammern seit jeher gegeben ist.

### Was wird da der Bauernschaft vorgespielt?

Laut Aussagen von SPÖ- und FPÖ-Funktionären waren bei der „Einheitswertfeststellung mit Einberechnung der Betriebsprämie“, ausschließlich nur ÖVP-Funktionäre eingebunden. Nur seitens der ÖVP wird quasi als Rechtfertigung für die nun auftretenden massiven finanziellen Mehr-Belastungen in Zeiten massiver Einkommensrückgänge, der sonstige Verlust der Pauschalierung ins Treffen geführt. Doch niemand forderte ernstlich deren Abschaffung. Auch die Finanzämter erklären, dass sie bei totaler Abschaffung der Pauschalierung rein arbeitsmäßig gar nicht in der Lage wären, einzelbetriebliche Berechnungen durchzuführen. (Seit jeher hat die BB-Führung auf dieses stichhaltige Argument verzichtet, um die Pauschalierung für die Bauernschaft zu retten. Und jedes Mal war sie bereit, dafür politische Kompromisse einzugehen, die für die Bauernschaft von Nachteil waren.)

Wie man sieht, sind die Finanzämter mit der komplizierten Neuberechnung der Einheitswertbescheide sehr im Rückstand. Zeitliche Vorgaben werden nicht eingehalten und es kommt wieder einmal zu rückwirkenden Nachzahlungen in vielfacher Hinsicht, nicht nur bei der SVB und den Landwirtschaftskammern.

Unsere Politiker besitzen die einmalige Fähigkeit Kompliziertes noch komplizierter zu machen. So beschlossen sie, dass diverse Steuern, wie zum Beispiel die Grundsteuer, rückwirkend ab 1.1.2015 nachberechnet und von den Betrieben eingefordert werden müsse.

### So hält man die Bauernschaft zum Narren!

**Gesetzlich festgelegt wurde, dass die neuen Einheitswerte ab 1.1.2017 bei der SV-Bauernschlagend werden.** Das wussten alle Abgeordneten zum Nationalrat und auch, **dass eine Fristenerstreckung offensichtlich nicht in Frage kommt.** Auch die SVB hat in all ihren INFORMATIONEN dies ganz eindeutig klargestellt. Dennoch haben die Präsidien der einzelnen Landwirtschaftskammern Resolutionsanträge in die jeweiligen Vollversammlungen eingebracht, in denen eine Fristverlängerung auf 1.1.2018 gefordert wird. Sowohl die Nationalräte und Kammerpräsidenten Hermann SCHULTES

und Franz ESSL, als auch BB-Präsident Jakob AUER wussten das, denn sie haben ja im Parlament dieses Gesetz mitbeschlossen. **Dennoch, trotz all dem wurde den Mitgliedern der LK-Vollversammlung der Eindruck vermittelt, vorgegaukelt, eine Terminverschiebung wäre möglich.**

Also werden rückwirkend zum 1.1.2017 die neuen SVB-Beiträge vorgeschrieben, wiewohl nach meinen Informationen zum 1. Feber 2017 immer noch 53.000 Betriebe keinen neuen EW-Bescheid hatten. Da wird es viele davon ganz schön aus den Socken hauen, wenn sie Ende des Jahres die Nachzahlungsforderungen erhalten. Schon bei einer EW-Erhöhung um 20–30 Prozent wird es nicht wenige „ganz schön erwischen“. Nicht selten hört man aber von Erhöhungen von über 100 Prozent, gerade auch bei sogenannten „Zukunftsbetrieben“ mit wenig Eigengrund und viel Pachtfläche. Diesen wird dann die Betriebsprämie, die einst Ausgleichszahlung für EU-beitrittsbedingte starke Minderung der Erzeugerpreise hieß, teilweise zu ihrem geringen bisherigen EW dazugerechnet. Dies ergibt EW-Erhöhungen – mit allen Folgen – die sich gewaschen haben.

## TEURES WEIHNACHTSGESCHENK – SELBST ZU BEZAHLEN!

Aufgemascherlt war der SV-Beitrags-„Rabatt“ als großzügige Hilfe zur Bewältigung des finanziellen Katastrophenjahrs 2016. Aus den mit präpotenter Selbstüberschätzung von der Bauernbundspitze genannten 180 Mio. Euro, wurden nach Einigung mit dem übergangenen Regierungspartner gerade noch 90 Millionen. Damit wurden aus den „geschenkten“ vierten Beitragsquartalsbeiträgen letztlich gerade noch 53 %, nach dilletantischer Vorbereitung. **Finanziert wird alles aus gesetzlichen Rücklagen der SVB, was bedeutet, dass sich die SVB-Beitragspflichtigen diese „Hilfe“ auch noch selber bezahlen.** Weil es gleichsam in Einem ging, nahm man der SVB auch noch die jährlichen über 30 Mio. Euro aus der Tabaksteuer weg – und zwar auf Dauer. Was einst als quasi Abgeltung des „Strukturwandels“ (immer weniger Beitragszahler) gegeben wurde, bekommt nun die notleidende Gebietskrankenkasse, wo aber die Entwicklung gerade umgekehrt verläuft. Was haben wir doch für großartige Bauernvertreter und wie sehr hat sich doch wieder einmal bewahrheitet, dass der Bauernbund alles für seine Bäuerinnen und Bauern macht! Oder doch nicht?

Was hier geschieht ist die Demontage eines ganzen Berufsstandes durch deren eigene „Berufs- und Interessenvertreter“. Das ist einmalig in Österreich, einer Demokratie unwürdig, aber durch die derzeitigen Kammerwahlgesetze möglich – und von der BB-Führung deshalb als legal, als vom Gesetz her gedeckt – erklärt. Der Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern scheint sie die Schneid völlig abgekauft zu haben. Eher aufgeben, als um die berufliche Existenz, um Einkommensgerechtigkeit und den namhaften Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe – solidarisch – zu kämpfen. Sind wir als Berufsstand schon zu jenem Wurm geworden, ganz entgegen unserer Bedeutung, der nur mehr getreten wird?

ALLES GEORG ESSL (GENO)

## DESASTER BEI FESTSTELLUNG DER ALMFUTTERFLÄCHEN

Die Ergebnisse bei Feststellung der Almfutterfläche werden immer schlimmer und arten zum totalen Desaster aus. Sie werden zur Existenzbedrohung für Betriebe mit Almen unter Vorgangsweisen, die nach sofortiger Reform geradezu schreien. Das ist keine Behauptung, sondern kann allein durch zwei Beispiele von mehreren belegt werden. Diese wurden auch im dafür zuständigen Ausschuss im Feber 2017 der LK-Salzburg aufgezeigt und von sehr kompetenter Stelle (Generalsekretär der LK-Österreich) mit „ja so ist das halt“ abgetan.

**Beispiel Nummer eins:** Im Pongau wurde 2015 eine Alm mit 25 Hektar Futterfläche von DREI PRÜFERN VOR ORT geprüft und es wurden die 25 Hektar als zutreffend festgestellt. Zwei Wochen später kam eine VIERTE PERSON, die das Ergebnis der drei Prüfer überprüfte und stellte fest, „ja es sind 25 Hektar Futterfläche“. Jetzt – 2017 – hat dieser Almbauer das Ergebnis einer neuerlichen Befliegung und Referenzierung seiner Almfläche zugesandt bekommen und danach beträgt die Almfutterfläche nur 17 Hektar. Die erhaltenen Prämien sind zurückzuzahlen.

**Beispiel Nummer zwei:** Unser UBV-Freund Günther STÖCKL aus dem Pinzgau hat eine Alm mit 130 Hektar, wovon 64 Hektar als Almfutterfläche ausgewiesen sind. Es werden jedes Jahr 70 GVE auf diese Alm aufgetrieben, davon ca. 30 Milchkühe, die auf der Alm gemolken werden. Jetzt sind die neuen Luftbilder und die Digitalisierung am Computer erhoben worden und es wurde eine Almfutterfläche von lediglich 34 Hektar festgestellt.

## Friss Bauer – oder stirb!

Eine neue Regel der AMA besagt jetzt: Wenn man die digitalisierte Fläche anerkennt, dann ist alles in Ordnung und es gibt keinerlei Sanktionen oder Rückzahlungsbescheide. Wenn man jedoch die Feststellung der Almfutterfläche beansprucht und es kommt dabei nicht genau jene Futterfläche heraus die der Bauer, die Bäuerin angibt, so muss sowohl die Betriebsprämie, als auch die Almprämie zurückgezahlt werden. Auch mit Sanktionen muss man dann rechnen! – Daraus resultiert, dass vielfach von der Überlegung die neu festgestellte digitalisierte Fläche zu beanspruchen, Abstand genommen wird. Wird hier noch auf Augenhöhe agiert, oder dem Bauern das Messer angesetzt?

Die AMA hat es damit den Betrieben unendlich schwer gemacht gegen ihre „Feststellungen“ erfolgreich Einspruch zu erheben selbst dann, wenn die Ungereimtheiten der Erhebungen förmlich am Tisch liegen. – Wie zu hören ist, hat die AMA schon seit Längerem ihre Rechtsabteilung enorm aufgestockt und ausgebaut. Sie befließigt sich gegenüber IHREN Bauern einer Vorgangsweise, für die das Wort rigoros eine höfliche Untertreibung ist. So wurde dies einst in der „Taskforce Almen“ unter FISCHLER nicht festgelegt!

Wer wird diese AMA, die sich unter den Augen ihres Chefs offensichtlich zu einem, nach eigenem Gutdünken handelnden „Staat im Staate“ entwickelt hat, zurückstutzen? Auf ein Handeln nach demokratisch üblichen Gepflogenheiten. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Präsident der burgenländischen Landwirtschaftskammer ÖR Franz HAUTZINGER, ein Spitzen-Interessenvertreter der Bauernschaft. Wenn ER zu all dem sein OK gibt, denn wissen muss er ja wohl von all dem, dann lässt dies nur den Schluss zu, dass die AMA nicht selbstherrlich, willkürlich, sondern auftragsgemäß handelt. Beide Varianten sind für die aktiven Bäuerinnen und Bauern unerträglich und unterminieren das Vertrauen in den Rechtsstaat Österreich.

## Die Folgen bisher sind:

**Seit 2013 sind im Lande Salzburg ca. 15.000 Hektar als Almfutterflächen aberkannt worden. Österreichweit waren es 2010 insgesamt rund 81.000 Hektar.** Das ergibt für die Almbauern ein Einnahmenminus von rund fünf Millionen Euro pro Jahr.

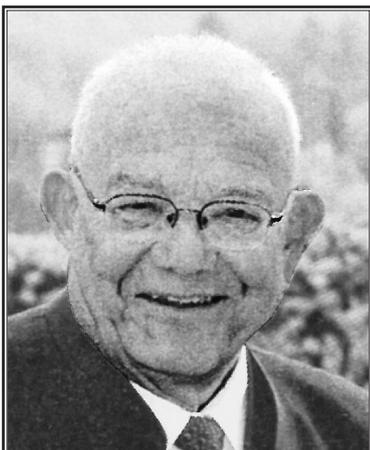
Ich frage mich, sollen etwa noch 60.000 Hektar „verschwinden“ damit das Verhältnis Almfutterflächen zu GVE zusammenpasst? Das hieße dann, dass auf ein aufgetriebenes GVE ein Hektar Futterfläche entfällt, wofür der Almbauer die vorgesehenen 20 Prozent der Betriebsprämie erhält. In Summe würde dies für die Almbauern einen Einnahmeverlust um die ca. 10 Millionen Euro ausmachen gegenüber dem Jahr 2010.

Als Vertreter des Unabhängigen Bauernverbandes obliegt uns dies mit aller Deutlichkeit aufzuzeigen. Wir sind sicherlich nicht gewillt, dies kommentarlos einfach zur Kenntnis zu nehmen. Was Menschen schaffen, beschließen, können auch Menschen wieder ändern, und gerade hier sind Änderungen, Reformen unverzichtbar!

STEFAN WEISS

## STEIERMARK:

### IN ERINNERUNG AN DI WOLFGANG MÜLLER



Er war wirtschaftlich immer ein erfolgreicher Mann. Ausgezeichnet hat ihn seine hohe Fachkompetenz und sein großes Allgemeinwissen. Diese Eigenschaften, kombiniert mit jahrzehntelanger beruflicher Erfahrung und der damit verbundenen Lebensschule, waren sicher ein Auslöser dafür, dass er ein über die Steiermark hinaus anerkannter Agrarexperte geworden ist.

Wolfgang MÜLLER wurde nie müde, immer wieder die agrarpolitischen Entwicklungen – und Dummheiten – in Form von Gastkommentaren, Broschüren und Büchern aufzuzeigen.

Nur Kritik zu üben, Besserwisser zu sein, war ihm aber zu wenig. Deshalb war er stets bemüht durch genaue Recherchen die derzeitigen Fehlentwicklungen zu dokumentieren und Lösungen anzubieten.

2010 hat er sich gefreut, dass es noch mutige Bäuerinnen und Bauern gibt, die sich gegen unser derzeitiges Agrarsystem auflehnen. – Sehr bald ist er dem Unabhängigen Bauernverband beigetreten und hat uns – vor allem mich – unterstützt wo und wie er nur konnte. Seine Vorträge in Form von Powerpoint waren bei allen besonders beliebt, fanden großen Zuspruch und Begeisterung.

Lieber Freund, Du bist am 17.12.2016 im 86. Lebensjahr für immer von uns gegangen. Was mir bleibt, ist Dir lieber Wolfgang für alles was Du für den UBV – die heimische Bauernschaft – geleistet hast, ein letztes herzliches Danke zu sagen. Persönlich habe ich Dir zu danken für die jahrzehntelange Freundschaft mit der ganzen Familie – Johann Ilsinger.

## WER WIRD UNS MORGEN VERSORGEN?

Der Bauernstand steht vor dem Bankrott. Die Aussagen der obersten Bauernvertreter von Minister RUPPRECHTER abwärts, erinnern an Märchenstunden und zeugen nicht von einer aktiven Agrarpolitik. Viel wurde in vergangenen Tagen im Rahmen der Wintertagungen, organisiert vom ökosozialen Forum, über die Landwirtschaft diskutiert. Aber über das Wesentliche, über die Einkommen der Bäuerinnen und Bauern hatte der Großteil der Referenten, einschließlich Minister RUPPRECHTER, wenig bis gar nichts zu sagen.

**Wenn unser Agrarminister** im Rahmen der bedeutendsten Agrartagung in Österreich das Bauernsterben schlicht und ergreifend leugnet, wenn er dazu lapidar feststellt: „**wir hätten zwar seit mehreren Jahren ein Minus beim Einkommen, aber das sei halt so**“, dann hat der Bauernstand ein wirkliches Problem. Zum Drüberstreuen richtete dann er noch all jenen Betriebsführern – Bäuerinnen und Bauern – aus, die noch nicht vielfache Erwerbskombinationen ausüben (müssen), „**sie mögen doch auch Erwerbskombinationen betreiben, denn sonst seien sie selber schuld wenn ihr Einkommen nicht passt**“! Da haut es den betroffenen Bauern doch wirklich den sprichwörtlichen Vogel raus!

## Acht Milliarden, und wo sind die?

Der ebenfalls anwesende Agrarkommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Phil HOGAN, erklärte – so zum Drüberstreuen – „die EU würde immerhin rund acht Milliarden Euro (= 8.000.000.000 Euro) in der laufenden Periode für die Landwirtschaft in Österreich leisten. Man solle daher zufrieden sein!“

Doch wo ist dieses Geld? Sicher nicht bei den Bäuerinnen und Bauern, denn dann bräuchten ja nicht Tausende ihre Betriebe zusperrern. HOGAN meinte zudem weiter: „**Die Situation auf den Märkten sei halt so. Es sei aber nicht Aufgabe der Kommission die Marktverzerrungen zu korrigieren.**“ Da stelle ich mir ernsthaft die Frage: „Ja wer vertritt denn unsere Bäuerinnen/Bauern wirklich noch?“

## Die Verantwortung trägt die BB-Führung

Das wahre Ausmaß des Niedergangs des Bauernstandes in Österreich spiegeln die jährlichen Grünen Berichte, erstellt vom Landwirtschaftsministerium, wider. Der Einkommensverlust allein in den letzten vier Jahren (2012–2015) betrug im Durchschnitt 44,2 Prozent, hochhoffiziell laut Grünen Berichten. Innerhalb der 28 EU-Mitgliedsstaaten nimmt Österreich damit den vorletzten Platz in der landwirtschaftlichen Einkommensstatistik ein. Nur Finnland liegt noch hinter uns. Ich möchte jene Berufsgruppe sehen, egal ob selbstständig oder unselbstständig, die das über Jahre hinweg so schweigend, gleichsam schicksalergeben, hinnimmt. Dies ist Menschenwerk und nicht gottgewollt!

Man muss dazu in aller Deutlichkeit sagen, dass die Bauernbundführung, die maßgeblich in allen entscheidenden Gremien sitzt, welche die Präsidenten der Landwirtschaftskammern stellt, wo seit 1986 ein Bauernbündler Agrarminister ist, wo tausende Bauernbund-Funktionäre in den Leitungsgremien der Genossenschaften sitzen, dass diese BB-Führung auf vielen Linien versagt. Mit ihren Vorstellungen und Methoden fährt sie den ganzen Berufsstand brutal an die Wand.

All jene die kritisch aufzeigen, dass diese Entwicklungen nicht mehr passen, werden als dumm, unwissend, unrealistisch und auch als radikal abgestempelt. Bevor man dort noch über eine kritische Anmerkung, eine Anregung oder eine Forderung nachdenkt, die nicht vom Bauernbund kommt, wird in der Regel gleich mit dem Dreschflügel draufgeschlagen – bis sich nichts mehr rührt. Ich könnte davon persönlich Lieder singen oder Bücher schreiben.

## Überheblichkeit statt brauchbarer Regelungen

„Wir, der Bauernbund, machen das! Nur wir können die Bauernschaft entsprechend vertreten!“ So ist's doch allenthalben, überall und immer wieder zu hören und was ist das Ergebnis? Nicht nur in den letzten fünf Jahren wurden in der Landwirtschaft, auf den Bauernhöfen, keine Gewinne eingefahren, die ein echtes, nachhaltig-wirtschaftliches Überleben ermöglichen. In den letzten 20–30 Jahren mussten die landwirtschaftlichen Betriebe immer weiter wachsen um jenes Einkommen zu erzielen, das den Erhalt bäuerlicher Existenz angeblich ermöglicht.

Aus dieser bedenklichen Tendenz heraus musste man erkennen, dass nicht das Produkt eine höhere Wertschöpfung erzielt, sondern dass nur mehr die Menge zählt, bzw., dass es nur mehr um ein strukturelles Wachstum geht. Die Produkte verkommen zu Spottpreisen, werden für die Bauern/Bäuerinnen zum Schleuderartikel, zur Ramschware. Bei diesem Wettlauf müssen die Bauern in den Alpenregionen auf der Strecke bleiben.

Im Zuge der „Einheitswertfeststellung-neu“, hätte man genau auf diese Entwicklungen Rücksicht nehmen müssen. Ebenso die neue Pauschalierungsverordnung, dahingehend – anders – gestalten müssen. Doch man hat genau das Gegenteil von all dem getan. Kritische Bemerkungen versuchte man mit allen Mitteln zum Schweigen zu bringen. Die Überheblichkeit der Bauernbundführung, deren Drang zu absolutem Machterhalt, als Volkspartei ja in der Regierung zu bleiben, duldeten keinen Widerspruch. Die Zeche zahlt der Bauernstand.

## Schikanen statt Wertschätzung und Wertschöpfung

Ich kenne kein Produkt der Landwirtschaft, das heute eine höhere Wertschöpfung erzielt als vor 30 Jahren. Das ist mehr als schlimm und führt dazu, dass der ländliche Raum, um den sich die Regierungsparteien offensichtlich und berechtigterweise Sorgen machen, oft vor nicht mehr lösbaren Aufgaben steht.

Am Beispiel der Registrierkassenpflicht hat die Regierung nicht ein Instrument zur Stärkung des ländlichen Raumes geschaffen. Sondern mit der Unterstellung: „Die klein- und mittelständischen Betriebe seien lauter Steuerbetrüger“, schikaniert man sie landauf, landab. Dabei sind doch gerade diese fleißigen, anpassungsfähigen kleinen Unternehmen das Rückgrat im ländlichen Raum. Ich bin der Auffassung, die Registrierkassenpflicht macht die Regionen im Land arm und leer. Danke Volkspartei, SPÖ und Bauernbundführung. Das nennt man Versagen auf allen Linien.

Ein Finanzminister der daraus mit Steuereinnahmen von rund 900 Millionen Euro rechnet, der aber tatsächlich dann nur 150 Millionen Euro einnimmt, der weiß wo es brennt! Aus der wirtschaftlichen Dynamik heraus kann man ableiten wie groß der Schaden dieser Maßnahme für den ländlichen Raum in allen Bereichen und den vielen Berufssparten ist.

Es ist scheinheilig über das Absterben des ländlichen Raumes zu sprechen, wenn die „eigene“ Regierung laufend Maßnahmen setzt, welche das Ausbluten des ländlichen Raumes und das Höfesterben der bäuerlichen Familienbetriebe beschleunigt, anstatt dieses zu stoppen. Von einem Finanzminister SCHELLING, der aus der Wirtschaft und nicht aus der Politik kommt, hatten sich eigentlich alle, auch Bauern und Bäuerinnen anderes erwartet. Die Bauern und Bäuerinnen haben ihre Betriebe hier im Land, SIE können ihre Produktion nicht ins wirtschaftlich und steuerlich günstigere Ausland auslagern, wie so manche aus der heimischen Wirtschaft.

## Bergbauern neuerlich benachteiligt

Eine totale Schiefelage ergibt sich nun auch für die „Benachteiligten Gebiete“ – sprich Bergbauernbetriebe, wo der wirtschaftliche Ertrag ja nie im Wettbewerb bestehen kann. Dies wurde von der EU berücksichtigt und dafür wurde auch Geld bereitgestellt. Doch nun wird deren Ausgleichszulage für die Einheitswertfeststellung mit herangezogen und folglich auch bei der Sozialversicherung mit berücksichtigt. Dadurch gibt es nun Bergbauernbetriebe, die aufgrund der neuen Einheitswerte ab 1.1.2017 das Doppelte oder noch mehr an Abgaben zu bezahlen haben.

Betrachtet man die neue Einheitswertfeststellung und die neue Pauschalierungsverordnung genau, muss man ein totales Versagen all jener feststellen, die all dies ausgearbeitet und im Nationalrat mit Mehrheitsbeschluss durchgedrückt haben. Gerade diese Regelungen werden in Hinkunft das Bauernsterben beschleunigen, anstatt zu mindern!

Dadurch werden immer weniger Betriebe Beiträge in die Kassen der SV-Bauern einzahlen. Den Großbetrieben kommt man weiterhin entgegen, indem sie über der gedeckelten Höchstbeitragsgrund-

lage nicht mehr zusätzlich belastet werden können. Das heißt im Klartext, die kleineren Betriebsstrukturen tragen – erhalten – maßgeblich das System der Bauernversicherung. Je mehr von diesen zusperren müssen, desto heftiger wird das Sozialsystem für die Bauern aus dem Ruder laufen. Weniger Beitragszahler und mehr Pensionisten, diese Gleichung geht nicht auf, sie rechnet sich nicht!

Märchen, die man der Bauernschaft von Ministern abwärts erzählt, sind keine Antwort auf all diese existenziellen Probleme. Will man in Zukunft die Eigenversorgung – die Ernährungssouveränität – sichern (und das könnte durchaus notwendig werden) sowie nachhaltig flächendeckende Bewirtschaftung der Räume haben, muss man die Einheitswertfeststellung und die Pauschalierungsverordnung sanieren und zwar umgehendst. Auch wenn das heißt: neu verhandeln und neu aufstellen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass diese Schritte, wenn sie nicht sofort erfolgen, aufgrund des vorher Erwähnten, der nachfolgenden Bauern-Generation das Genick brechen. Dann wird der „freie“ Bauernstand und die bäuerliche Landwirtschaft Geschichte sein. Denn die Konsequenzen sind Vertragslandwirtschaft, komplette Abhängigkeit von Konzernen, abertausende Arbeitssuchende und Arbeitslose mehr und eine ausgeräumte bzw. verwaldete einstige Erholungslandschaft, die kaum Touristen in größerer Zahl noch interessiert.

ALLES LK HANS HERBST

## MASSIVE EW-ERHÖHUNGEN BEI WALDBAUERN

Wie der UBZ-Redaktion berichtet wurde, treten in der Steiermark besonders bei den Waldbauern massive Einheitswerterhöhungen auf. Wegen nicht kostendeckender Holzpreise legten viele dieser Betriebe ihr Schwergewicht auf den Ausbau des Fremdenverkehrs, der Holzbestand nahm dementsprechend zu. (Siehe auch Seite 2: „Neue höhere Einheitswerte, was tun?!“)

## NIEDERÖSTERREICH:

### „DIE WEGWERFKUH“

Das ist der Titel eines Buches von Tanja BUSSE, einer Journalistin aus Deutschland. Aufgewachsen auf einem Bauernhof, heute eine gefragte Moderatorin und Referentin zu den Themen: Ernährung, Landwirtschaft und Konsum. Weil sie sich gerade in Wien aufhielt, ergriff der UBV die Gelegenheit sie als Referentin zu gewinnen.

So fand am 16.12.2016 unter dem Titel „Die Wegwerfkuh“ eine Veranstaltung des UBV in Neuhofen an der Ybbs statt. Knapp 100 Interessierte, großteils Bäuerinnen und Bauern folgten der Einladung. In ihrem Vortrag behandelte Tanja BUSSE die Frage, ob die moderne Landwirtschaft wirklich so effizient ist wie behauptet wird und warum es den Tieren und den Bauern/Bäuerinnen in diesem System immer schlechter geht.

Die Auswüchse in der Entwicklung der Landwirtschaft, geprägt von Intensivierung, Technisierung, Spezialisierung und Standardisierung zeigen sich bereits deutlich. Anhaltendes Höfesterben, denn nur große landwirtschaftliche Betriebe werden laut Prognose konkurrenzfähig sein. In den großen spezialisierten Betrieben kommt es aber zu dramatischen Entwicklungen. Hochleistungsmilchkühe verbrauchen körpereigene Reserven, werden krank und unfruchtbar, kommen nach zwei bis drei Jahren Nutzungsdauer in den Schlachthof. Männliche Kälber von den Milchrassen zu mästen lohnt sich nicht, ist kein Geschäft mehr. In Australien werden jedes Jahr 700.000 solche Kälber wenige Tage nach der Geburt geschlachtet, weil sie später keine Verwertung finden. – Geflügelmäster investieren viel Geld in neue große Ställe um mithalten zu können. Viele entsorgen anfangs jeden Tag fünf Prozent tote Tiere und verdienen letztlich nichts mehr. Ist das alles denn effizient? Die Fehler werden oft den Bauern angelastet, obwohl sie Opfer dieses Systems sind.

Frau BUSSE zeigte Bilder aus North Carolina/USA wo es riesige Schweinemastbetriebe gibt, die mit der Unmenge an anfallender Gülle ganze Landstriche und Flüsse vergiften. In der Intensivhaltung werden auch sehr viele Antibiotika eingesetzt was dazu führt, dass bei vielen Menschen die notwendige Anwendung von Antibiotikas gar keine Wirkung mehr zeigt. Schätzungen gehen davon aus, dass auf das Entstehen antibiotika-resistenter Keime, allein in Deutschland 15.000 Todesfälle pro Jahr zurückzuführen sind.

Die moderne Landwirtschaft ist also ungesund für Tier und Mensch, belastet die Umwelt, verbraucht viele Ressourcen, ist nicht sozial, ruiniert viele Bäuerinnen und Bauern und ist von Nachhaltig-

keit meilenweit entfernt. Solange diese externen Faktoren nicht in der Gesamtrechnung berücksichtigt werden, wird die Intensivlandwirtschaft als effizient gelten.

Wie konzerngesteuert die Landwirtschaft weltweit schon ist, zeigte die Referentin an Hand von Bildern aus Sumatra. Dort werden die Bauern von ihrem Land vertrieben und die Flächen für Palmölanlagen gerodet und vorbereitet. Drei Viertel des Landes werden deshalb mit Glyphosat besprüht, da Palmöl für den Weltmarkt produziert wird. Während sich die Konzerne die Taschen füllen, dürfen die Bauern und ihre Familien – wenn sie „brav“ sind – auf den Plantagen oder in der Fabrik arbeiten.

## Welche Lösungen gibt es?

Die Landwirtschaft scheint also in einer Sackgasse zu stecken. Welche Lösungen gibt es da, um herauszukommen? Frau BUSSE empfiehlt dazu Folgendes: Bauern/Bäuerinnen sollten wieder näher zusammenrücken und Projekte realisieren, die dem Konsumenten gesunde Lebensmittel und den Erzeugern eine entsprechende, eine faire Wertschöpfung sichern. Hier gibt es verschiedene brauchbare und erprobte Modelle wie zum Beispiel die Direktvermarktung, das Vermieten von Parzellen an Konsumenten, solidarische Landwirtschaft und anderes mehr. Aber auch sinnvolle Kooperationen mit Händlern und Verarbeitungsbetrieben können den Bauernbetrieben weiterhelfen. Weitere wichtige Schritte auf dem Weg einer Lösung wären dann: • Eine klare Kennzeichnung der Lebensmittel. • Eine Preisfindung nicht von der Seite des Marktes her, sondern unter Zugrundelegung der Gesamtkosten, einschließlich der externen Kosten, wie Umweltbelastung etc. • Fördergelder an öffentlichen Nutzen binden und • das Nutzen des guten Bildes vom Bauernhof und der Sehnsucht nach dem gesunden Landleben, für die Bewerbung guter regionaler Erzeugnisse von ökologisch nachhaltig wirtschaftenden Höfen – zu besseren, gerechten Preisen.

In der sehr angeregten und umfangreichen Diskussion hatte Frau BUSSE die Möglichkeit auf verschiedene Fragen noch näher eingehen zu können und allen Versammlungsbesuchern auch noch ein wenig Optimismus für zu Hause mitzugeben. Es war dies jedenfalls für die Veranstalter eine gelungene, interessante und sehr informative Veranstaltung, die die Erwartungen aller Teilnehmer erfüllt haben sollte.

## BAUERNSTAMMTISCH IN ASCHBACH

Am Montag, dem 30. Jänner 2017 fand ein, vom UBV-Obmann-Stv. Herbert HOCHWALLNER organisierter „Bauernstammtisch“ in Aschbach im Bezirk Amstetten statt. HOCHWALLNER konnte dazu etwa 80 Interessierte begrüßen, musste aber gleich zu Beginn den angekündigten Hauptreferenten aus Kärnten entschuldigen. LK Manfred MUHR ist Vizepräsident der LK-Kärnten und Bundesobmann-Stellvertreter des UBV. Vorgesehen war, dass er über Einheitswert, dessen neue Feststellung und über das Eigentumsrecht an der Milchquote ausführlich Stellung nimmt und die Kritikpunkte aufzeigt, denn er ist ein Fachmann diesbezüglich.

So berichtete HOCHWALLNER über seine eigenen Erfahrungen zum Thema: Neue „Einheitswerte“. Kritisch hielt er fest, dass man bei einer Beschwerde von offizieller Seite kaum Unterstützung erhält, obwohl dies die Kammern zugesichert hatten. So wird die Vermutung genährt, dass diese Hilfen ausbleiben, weil sowohl die Kammer selbst, als auch die SVB, die Gemeinden und nicht zuletzt das Finanzministerium Nutznießer von Einheitswert-Erhöhungen sind. Weil die Bescheide nicht „eingeschrieben“ zugestellt werden und damit der Zustellungstermin vom Empfänger festgestellt wird, rechnet sich danach der Ablauf der Einspruchsfrist von einem Monat.

HOCHWALLNER hielt fest, dass die der Berechnung des EW zugrunde gelegten Vergleichsbetriebe häufig größere, arrondierte Betriebe mit wenig Steilflächen sind, die nicht dem Durchschnitt der zugeordneten Betriebe entsprechen! Wald im „benachteiligten Gebiet“ könne man als Schutzwald angeben, der wesentlich niedriger bewertet wird. Diese Information wird im Allgemeinen der Bauernschaft vorenthalten. Die Interessenvertretung versagt.

Bei Pachtflächen solle man unbedingt den Einheitswertbescheid des Verpächters anschauen, weil dieser selbst oft kein Interesse an einem Einspruch hat, man aber als Pächter zwei Drittel aller Abgaben davon zu bezahlen hat.

Der nächste Programmpunkt beinhaltete „Erfahrungsberichte von drei praktizierenden Bauern zur Beitragsgrundlagenoption“. Alle drei berichteten einstimmig darüber, dass sowohl die SVB als auch die Landwirtschaftskammer davon eher abgeraten haben. Sie haben sich dennoch dafür entschieden und bereuen dies keineswegs.

Nach ihren Erfahrungen kann das Optieren ab einem EW von 7.500 Euro durchaus interessant sein, doch muss dieses in jedem Einzelfall geprüft werden. Die erforderlichen Aufzeichnungen zu machen ist keineswegs so schwierig wie immer behauptet wird. Die Ersparnis ist wesentlich und auch der Unterschied bei der Pension wird nicht sehr groß sein.

KR Peter SCHMIEDLECHNER berichtete über die Lage der heimischen Land- und Forstwirtschaft. Wir haben noch rund 160.000 Betriebe, die aber für 400.000 Menschen einen Arbeitsplatz bieten. Der Produktionswert sank 2015 um zwei Prozent auf 8,4 Milliarden Euro, wobei auf die Landwirtschaft 6,78 Mrd. und auf die Forstwirtschaft 1,62 Mrd. Euro entfielen, wie im Grünen Bericht 2016 nachzulesen ist. Das Einkommen je Arbeitskraft sank neuerlich und zwar real um 6,8 Prozent. Beim Nettounternehmensgewinn, je „nicht entlohnte“ Arbeitskraft (Familien-AK) betrug der Rückgang real sogar 9,2 Prozent.

Diese Einkommensverluste haben natürlich keinerlei Auswirkungen auf den Lohn/Gehalt unserer Angestellten in den Landwirtschaftskammern. Auch die Vorrückungen sind gleich jenen aller anderen Beamten. Es ist also schon sehr zu hinterfragen, zu kritisieren, wieso die Bäuerinnen und Bauern für Beratungen in der LK, in den BBKs bezahlen müssen. Dies sei in keiner anderen Interessenvertretung gegenüber ihren Pflichtmitgliedern üblich.

Weitere Themen in der Diskussion waren: • Die angekündigten – bevorstehenden – Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP); • Ernährungssouveränität durch Erhalt eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes; • dass die ersatzlose Abschaffung der Milchquote de facto eine Enteignung ist; • dass die tatsächlichen, die errechneten Vollkosten je Kilo Milch je nach Betriebsstruktur zwischen 50 und 90 Cent liegen und • dass die Lieferrechte bei Zuckerrüben zwar aufgestockt werden, aber kein fixer Preis gesichert ist. Letztlich waren sich alle darin einig, dass heimische Produktions-, Tierhaltungs- und Umweltauflagen auch für Importware gelten müssten (Bestimmungsland-Prinzip).

So war auch dieser „Stammtisch“, trotz der Panne mit dem Hauptreferenten, eine gelungene und interessante Veranstaltung, für welche die Initiatoren Dank und Anerkennung verdienen.

ALLES ALOIS FRÖSCHL

## „HEISSE“ DISKUSSIONEN UM ÖLHEIZUNGSVERBOT

Seit Anfang November 2016 ist der Weltklimavertrag verbindlich. Bis 2030 müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 % reduziert werden. Am einfachsten wäre dies im Raumwärmebereich, wo in Österreich noch immer 800.000 klimaschädliche Ölheizungen in Betrieb sind, die durch erneuerbare Heizformen ersetzt werden müssen. Dass dies auch rechtlich möglich ist, belegt ein vom Umweltminister RUPPRECHTER in Auftrag gegebenes Gutachten. Es erlaubt den Bundesländern ein Ölheizungsverbot in Neubauten bzw. ein Gebot für „Erneuerbare“ bei Bestandsanlagen (das derzeit bei diesen noch gar nicht vorgesehen ist). Eine Analyse der Statistik-Austria-Daten zur Verbrauchsentwicklung bei Holzbrennstoffen und Heizöl zwischen 2005 und 2014 lieferte ein eindeutiges Ergebnis: Holzheizer ersparten sich im Vergleich zu Heizölheizern 720 Euro pro Jahr.

Dennoch hat es einigen Wirbel ausgelöst als der nÖ Umweltlandesrat Stephan PERNKOPF seine Vorschläge betreffs günstigeres und ökologischeres Heizen veröffentlichte, die auch ein Verbot von Ölheizungen in Neubauten ab 2019 zum Inhalt hatte. Ein Verbot gegen das sich der Obmann der Fachgruppe Energiehandel in der Wirtschaftskammer NÖ, Engelbert AIGNER, ausspricht. Dies allein ist ja nicht allzu verwunderlich, wohl aber die Tatsache, dass der Herr Obmann AIGNER von Beruf Geschäftsführer einer bäuerlichen Genossenschaft ist. Dass er sich für Heizöl und damit gegen Hackgut und Pellets stark macht, verwundert auch den nÖ VP Umweltsprecher Landtagsabgeordneten Josef EDLINGER, wie in den „Erlauffer NÖN vom 20.12.2016“ zu lesen ist.

## AUFHÖREN MIT DEM NEID!?

**„Hören Sie auf, mit dem Neid auf andere. Nicht nur Bauern arbeiten, nehmen Sie das zur Kenntnis“, sagte LH Dr. Erwin PRÖLL** im Rahmen einer Telefonsprechstunde im NÖN-Büro zu einem Landwirt aus Hainfeld, der als Bauer im Vergleich zu den Lehrern über zu wenig Pension lamentierte. (NÖN Woche 48/2016 – Bezirk Lilienfeld.) Und der Herr Landeshauptmann hatte schon nicht Unrecht, wenn er weiters sagte: „Wenn Sie Ihren Kindern vorjammern wie schlecht es den Bauern geht, brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn diese den Hof nicht übernehmen.“ Nur hat der Bauer

nicht seinen Kindern etwas vorgejammert, sondern den Landesvater – an den man sich mit all seinen Sorgen und Nöten wenden kann – auf eine schon lange bestehende Ungleichheit, ein himmelschreiendes Unrecht aufmerksam gemacht. Denn das ist es, eines christlichen Sozialstaates unwürdig und eine Diskriminierung von Qualitätsarbeit der Bäuerinnen und Bauern. „Gleicher Lohn für vergleichbare Arbeit!“ Sind die gute und notwendige Qualitätsarbeit der Bauern in etwa nicht mit der eben solchen von Lehrern vergleichbar? Hat der christliche Sozialstaat Österreich nicht die verdammte Pflicht und Schuldigkeit jede Art von Diskriminierung gleichsam in doppelter Hinsicht zu unterbinden? Sind in etwa fünf Euro je Arbeitsstunde – und vielfach weniger gerade die letzten vier Jahre – keine Diskriminierung land- und forstwirtschaftlicher Qualitätsarbeit? Wer ist denn hier ein Ansprechpartner, wenn nicht auch ein Landeshauptmann, der ALLE seine Bürger im Blick behalten sollte? Dr. PRÖLL ist doch überdies ein Bauernsohn, fühlt sich, wie er immer wieder betonte, dem Bauernstand zugehörig, ist Mitglied und Spitzenfunktionär des Bauernbundes, dessen Leitspruch doch ist „Schutz und Wehr“ für den Bauernstand zu sein. Hat dieser absolut berechnete Hinweis eines einfachen Bauern den Herrn Landeshauptmann so getroffen, dass er auf all das – nicht nur in diesem Fall – vergessen hat? Ihn deshalb zurechtgewiesen hat?

GENO

## OBERÖSTERREICH:

### VOM LANDESVERBANDSTAG IN PEUERBACH

Der satzungsgemäße Landesverbandstag fand auch diesmal – und zwar am 8. Jänner 2017 – in Peuerbach statt. Das Wetter war schlecht – Schneeschauer – dennoch konnte Landesobmann ÖR-KR Karl KEPLINGER eine sehr zahlreiche Teilnehmerschaft begrüßen, die nicht nur den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte. Unter den zahlreichen Ehrengästen galt sein besonderer Gruß NR Leo STEINBICHLER sowie dem Gastredner Landesrat Max HIEGELSBERGER. Unter der Devise „50 Prozent Einkommensminus was nun“ gab KEPLINGER einen Rückblick auf das abgelaufene ereignisreiche Jahr 2016, das für die Bauernschaft insgesamt ein wirtschaftlich sehr schwieriges und verlustreiches war.

Da war zu erwarten, dass besonders folgende Themen heiß diskutiert wurden: Der enorme, eigentlich nicht hinnehmbare Einkommensrückgang von über 40 % insgesamt in den Jahren 2012 bis 2016. Er ist ohne Vergleich und dennoch hat dagegen die hohe Politik nichts Ernsthaftes unternommen. Die gesetzliche Interessenvertretung hat jegliches nachdrückliches und unüberhörbares Eintreten für entsprechende Sofortmaßnahmen zugunsten einer, ohne eigenes Verschulden, in Not geratenen Landwirtschaft vermissen lassen. Denn der sogenannte „SV-Beitragsrabatt“ ist ja geradezu eine Verhöhnung des ganzen Berufsstandes. Auch das von den Initiatoren gepriesene neue oö Jagdgesetz stand in sachlicher Kritik, wie natürlich die neuen Einheitswerte mit deren Folgen auf alle Steuern und Abgaben.

Als **Schwerpunkte für die kommenden Jahre** wurden nach Aussprache festgelegt: • Der UBV fordert für jedes Bundesland EINE Landeskrankenkasse mit gleichen Leistungen für alle Sozialversicherten. • Faire, dem Gesetz entsprechend, angepasste land- und forstwirtschaftliche Einheitswerte. • Eine Korrektur der GAP, auch hinsichtlich der lange schon versprochenen, aber nie umgesetzten Entbürokratisierung. • Die Besteuerung von Palmöl aus Gründen der Ernährungssouveränität. • Maßnahmen, um die Schmutzkonkurrenz von qualitativ minderen Agrar-/Lebensmittelimporten gegenüber den, nach strengen Qualitätsvorschriften erzeugten heimischen Erzeugnissen zu verhindern. • Agrardiesel aus Gründen des Wettbewerbs. • Ein Ende des unverantwortlichen Bauernsterbens durch faire kostengerechte Erzeugerpreise, welche die Konsumenten kaum zusätzlich belasten, aber die Förderungen großteils erübrigen würden. • Eigenjagden, bereits ab 60 Hektar. • Der UBV ist für eine Herausnahme des Agrarsektors aus den großen Handelsabkommen, weil weltweiter Lebens-/Nahrungsmitteltourismus keinen Sinn macht, unnötig die Umwelt belastet, weit und breit von Kostenvahrheit (Einrechnung aller Folgekosten in den Preis) gar nichts zu sehen ist. Diese wohl überlegten Forderungen aus Sicht des UBV als parteiunabhängige Berufsorganisation, unterscheiden uns vielfach von unseren parteihörigen Mitbewerbern in der gesetzlichen Interessenvertretung.

Zum Abschluss des Landesverbandstages referierte erstmals Landesrat Max HIEGELBERGER zum hochaktuellen Thema „**Welche Entwicklungen nehmen die bäuerlichen Betriebe in Oberösterreich?**“

Nur zur Erinnerung, die Zahl der Betriebe laut „Grüner Bericht 2016“ (im Haupterwerb)

	in Oberösterreich	in Österreich
1951	78.360	432.848
1970	71.713	367.738
1990	53.038 (16.618)	281.910 (83.158)
1995	49.770 (16.881)	263.522 (81.173)
2010	33.341 (19.131 = 2005)	173.317 (66.802)
2015 laut INVEKOS	24.511	114.682

INVEKOS erfasst all jene Betriebe die EU-Förderungen erhalten. (Etwa 85 % aller Betriebe)

Nach seinem Vortrag stellte sich der Agrarlandesrat in der Diskussion einer Vielzahl kritischer Fragen, die auch emotionell von Bäuerinnen und Bauern an ihn gestellt wurden.

## UBV-ANTRÄGE – LK-VOLLVERSAMMLUNG VOM 16.12.2016

Insgesamt wurden in die Vollversammlung 13 Anträge eingebracht, ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen, drei seitens des BB und neun vom UBV. Die vier erstgenannten wurden einstimmig angenommen. Bei den UBV-Anträgen ging es um:

1. Die Vollversammlung fordert die Bundesregierung auf, Schlachtungen auch außerhalb von Schlachthöfen zu ermöglichen. (Weideschlachtung...) – Einstimmig angenommen.
2. Forderung an den Landwirtschaftsminister, die „Tierwohlprämie“ auch auf alle weiblichen Rinder auszuweiten, die auf Stroh gehalten werden. – Einstimmige Annahme.
3. Die LK-OÖ fordert mit der LK-Österreich die Milchverarbeiter und die VÖM auf, dass keine Milch für die Produktion von Eigenmarken an die Handelsketten verkauft wird. – Ablehnung durch alle anderen Fraktionen.
4. Der UBV fordert die Vollversammlung auf zu beschließen, dass deren Funktionäre nach den Ergebnissen des Grünen Berichtes entschädigt werden. Das Einkommensminius der letzten fünf Jahre (minus 50 %) soll zur Anwendung kommen. – Erwartungsgemäß haben dies alle partei-gebundenen Fraktionen abgelehnt.
5. Forderung an den Vorstand und die Geschäftsführung der SVB, ihre Leistungen bei den Bauern/ Bäuerinnen an jene der Landeslehrer-Krankenkasse anzupassen. – Der Antrag wird von BB, SPÖ und Grünen abgelehnt, von der FB unterstützt.
6. Forderung an den Finanzminister die Wiedereinführung von Agrardiesel sofort umzusetzen, um damit die Einkommensverluste abzumelden. – Mehrheitliche Annahme, nur Grüne dagegen.  
**Dazu Präsident REISECKER: „Es ist schon interessant, wenn der UBV die Umsetzung fordert, selbst aber keine Abgeordneten in parlamentarischen Entscheidungsgremien hat.“** – Es ist aber noch viel interessanter, dass die BB-Führung und die Kammerfraktion nun schon seit Jahren ebenso dies fordert und deren Abgeordnete in den parlamentarischen Entscheidungsgremien unentwegt dagegen stimmen bzw. im zuständigen Parlamentsausschuss die Vertagung bewirken. – Der Herr Präsident will den UBV ja gar nicht verstehen.
7. Zum Schutz der heimischen Rinderbauern und der Versorgungssicherheit der Konsumenten mit österreichischem Qualitätsrindfleisch, fordert die Vollversammlung die Bundesregierung auf: Keine Zustimmung für einen Freihandel mit den lateinamerikanischen Mercosur-Staaten zu geben. – Einstimmige Annahme.
8. Der von allen Fraktionen gemeinsam eingebrachte und beschlossene Antrag bezieht sich auf den „dringenden Anpassungsbedarf sowohl bei der Beitragsgrundlagenoption, als auch auf die erneute Forderung, das Wirksamwerden der neuen Einheitswerte auf 1. Jänner 2018 zu verschieben“.
9. Forderung an die Bundesregierung, die Bauernpensionen auf mindestens 1.000 Euro Auszahlungsbeitrag je Monat anzuheben. – FB dafür, mehrheitliche Ablehnung durch BB, SPÖ und Grüne.

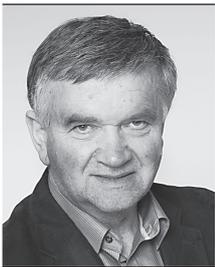


## 1.000 Euro Mindestpension abgelehnt!

Hannes Winklehner

Verdienen sich Bäuerinnen und Bauern keine angemessene Pension? Sind wir Menschen zweiter Klasse? Diese Gedanken quälen mich, wenn BB, SPÖ-Bauern und Grüne diesen, unseren Antrag ablehnen. Mit einer derzeitigen Durchschnittspension von ca. 750 Euro sind wir absolutes Schlusslicht mit nur ein Viertel jener der Beamten. – Eigenartig ist, dass der Bauernbund in der LK-OÖ mit seiner Mehrheit diese Forderung ablehnt, während seine Kollegen in NÖ selbst diese Notwendigkeit einfordern. Ist sich die BB-Führung nicht einig? Wie soll mit einer derartigen Vorgehensweise für die Bauernschaft etwas erreicht werden?

Für den UBV steht jedenfalls fest, dass sich auch die Bauernpensionisten dies verdient haben, die als Aktive bei sinkendem Einkommen immer höhere Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Nämlich um an der allgemeinen Entwicklung teilnehmen zu können.



## Maulkorb – aber nicht für uns!

ÖR Hans Großpötl

Am 28.9.2016 brachte das Präsidium der LK-OÖ unter anderem einen Antrag auf Wiedereinführung des Agrardiesels ein, der von allen Fraktionen unterstützt und an den Finanzminister weitergeleitet wurde. In seinem Antwortschreiben – das Präsident REISECKER in der Vollversammlung nur auszugsweise zitierte, begründet er seine Ablehnung unter anderem mit der illegalen Verwendung von Heizöl. Ein ungeheuerlicher Vorwurf.

Der Text dieses Antwortschreibens wurde der UBZ zugespielt, UBV-KR ÖR Karl KEPLINGER erhielt ihn „vorausschauend“ gar nicht. Er wurde teilweise in der UBZ 12/2016 wörtlich unseren Lesern zur Kenntnis gebracht, mit einer entsprechenden Stellungnahme des UBV unter „LK-Vollversammlung am Pranger“. Diese muss offensichtlich einen empfindlichen Nerv getroffen haben, denn es passierte Folgendes:

Voriges Jahr wurde beschlossen, dass die Fraktionsobmänner Kopien aller Antwortschreiben auf die beschlossenen und weitergeleiteten Resolutionen erhalten. Eigentlich selbstverständlich, denn der Präsident berichtet ja der Vollversammlung darüber.

Jetzt aber heißt es, „dass die Fraktionsobmänner den Inhalt dieser Antworten nicht an ihre Bauern/Bäuerinnen weitergeben dürfen.“ Kritikwürdige Antworten dürfen also nicht unter die Leut' gebracht werden! Eine solche Zensur ist undemokratisch und widerspricht dem Wirken einer autonomen, in der Verfassung verankerten gesetzlichen (berufsständischen) Interessenvertretung. Es ist selbstverständlich, dass sich die Fraktion Unabhängiger Bauernverband, als einzige diesen Maulkorb nicht umhängen lässt. Es kann nicht sein, dass das Präsidium der LK festlegt, was von solchen ministeriellen Antwortschreiben veröffentlicht werden darf und was nicht. Präsident REISECKER ist gut beraten, wenn er diese „schriftliche Verpflichtung“ umgehend zurückzieht, mit der er die Autonomie der Interessenvertretung zum Gespött macht. – **Neueste Nachricht: Mitte Feber 2017 erhielt Fraktionsobmann ÖR KEPLINGER dennoch das Antwortschreiben.**

# BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich dem „**Österr. Unabhäng. Bauernverband**“, Landesverband \_\_\_\_\_ bei.

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Hausname: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Post: \_\_\_\_\_ Tel/Fax/E-Mail: \_\_\_\_\_

Land- u. Forstw. Einheitswert: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Ich erhalte die „**Unabhäng. Bauernzeitung**“ (UBZ) **kostenlos** (nach Einzahlung von mindestens 30,- Euro/Jahr).

**Bitte einsenden aus:** NÖ + Bgl. + Wien **an:** Hubert Buchinger, Wiese Höhe 45, 3340 Waidhofen/Ybbs  
 OÖ + Krnt. + Vrbg. **an:** Christine Grüneis, Kriegen 1, 4761 Enzenkirchen  
 Salzburg + Tirol **an:** Simon Klausner, Girlingstraße 4, 5161 Elixhausen  
 Steiermark **an:** Johann Ilsinger, Erlsbach 14, 8953 Donnersbach

**WWW.UBV.AT**  
**OFFICE@UBV.AT**